PRESSEMITTEILUNG
Verantwortlich SEBASTIAN BÖHRS | Redaktion FRANK JUNGBLUTH

SPD
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Rede
des Sprechers für Netzpolitik

Maximilian Schmidt, MdL

zu TOP Nr. 23

Erste Beratung
Digitale Verwaltung in Niedersachsen voranbringen – modern, sicher und bürgerfreundlich!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 17/6907

während der Plenarsitzung vom 23.11.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

wir haben gestern bereits in der Aktuellen Stunde zum Thema Digitalisierung diskutiert. Heute widmen wir uns dabei einem ganz konkreten Thema: Meine Damen und Herren, wir als Regierungsfraktionen bringen heute die Initiative „Digitale Verwaltung in Niedersachsen“ ein – mit dieser Entschließung wollen wir erreichen, dass Niedersachsen Vorreiter bei der digitalen Verwaltung wird – modern, sicher und bürgerfreundlich, so soll es werden. Was übrigens nicht heißt, dass Verwaltung heute etwa pauschal unmodern und gar unfreundlich wäre. Klar, jede und jeder hat vielleicht schon mal nervige Erfahrungen mit Verwaltung gemacht – aber eines sage ich hier ganz deutlich:

Ich halte gar nichts davon, jede Debatte über die Arbeit von Behörden mit pauschalen Meckereien zu beginnen. Im Öffentlichen Dienst, in Behörden des Landes und der Kommunen, arbeiten tausende Menschen mit ganzer Kraft für die Bürgerinnen und Bürger, offen, freundlich, gesprächsbereit und mit dem Blick für Lösungen konkreter Probleme.

Und genau hier setzt unsere Initiative an: Wie können wir im digitalen Zeitalter die Arbeit der Landesverwaltung in ihrer gesamten Breite noch moderner, bürgernäher und sicherer gestalten? Genau hierfür bietet die Digitalisierung enorme Chancen!

Moderne Verwaltungsarbeit bedeutet heute, dass Institutionen den Wandel zur Digitalisierung aktiv betreiben und leistungsfähige, zeitgemäße, sichere und bürgerfreundliche Services anbietet. Bürgerinnen, Bürger, Unternehmen und Organisationen erwarten, dass sie auch über das Internet – stationär und zunehmend auch mobil – mit Behörden kommunizieren können, um ihre Anliegen einfach und zugleich sicher zu erledigen. Dazu müssen amtliche Informationen und der Zugang zu einzelnen Behördenleistungen online verfügbar und dabei einfach und barrierefrei auffindbar sein. Benutzerfreundliche Online-Systeme und hierzu passende Systeme und Strukturen in der Verwaltung müssen effizientere Verwaltungsverfahren und deren zügigere Bearbeitung ermöglichen.

Die Digitalisierung birgt aber auch zahlreiche neue Risiken. Cyberangriffe, gerade auch auf die Informationstechnik von öffentlichen Institutionen, finden regelmäßig und mit technologisch immer versierteren Methoden statt. Kaum eine Institution wird verschont, selbst Parlamente und Regierungen gehören zu den Geschädigten. Zuletzt waren es Krankenhäuser, deren Systeme angegriffen und die in der Weiterarbeit behindert wurden. Diese Beispiele zeigen, dass digitale Infrastrukturen kritisch und verwundbar zugleich sind.

Insbesondere das Internet der Dinge wird zunehmend zu einer Gefahr auch für die öffentlichen Infrastrukturen: Milliarden von Geräten sind immer online und gleichzeitig so schlecht abgesichert, dass ihre gebündelte Rechenkraft von interessierter Seite angewendet werden kann, um gezielt öffentliche Server oder sogar große Teile des gesamten Internets lahmzulegen. Es gilt, diese Gefahren frühzeitig zu erkennen und die entstehenden Risiken durch geeignete Gegenmaßnahmen zu verhindern. Hierzu muss die öffentliche Verwaltung über entsprechende Schutzmechanismen verfügen und diese konsequent einsetzen.

All das muss berücksichtigt werden – und deshalb bringen wir hier heute eine umfassende Initiative ein, die 9 Forderungen umfasst: Wir wollen

1. die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Arbeit der Landesverwaltung weiter zu digitalisieren und dabei dauerhaft die bestmögliche Sicherheit in den IT-Infrastrukturen zu gewährleisten; insbesondere sollen dabei auch die technischen Möglichkeiten zur Entdeckung und Beseitigung von Cyberangriffen weiter ausgebaut werden,
2. die Kommunen dabei unterstützen, ein vergleichbares Sicherheitsniveau wie das Land zu etablieren, und zugleich Schnittstellen zur Portabilität der digitalen Verwaltungsarbeit auf Landes- und kommunaler Ebene zu schaffen,
3. die Behördeninformationen im Internet so ausbauen, dass zu allen Verwaltungsleistungen verständliche, verlässliche und aktuelle Informationen leicht auffindbar sind und barrierefrei und inklusiv abgerufen werden können,
4. dass jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit gegeben wird, auch über das Internet mit den Behörden zu kommunizieren, ihre digitalen Dienste in Anspruch zu nehmen und Verwaltungsverfahren digital durchzuführen,

5. durch die Bereitstellung von verständlichen elektronischen Formularen, Assistenzsystemen, elektronischen Bezahlmöglichkeiten und einfachen Verfahren zur Vorlage von Nachweisen die vollständige, schnelle, medienbruchfreie und einfach handhabbare Antragstellung über das Internet in allen Bereichen der Verwaltung ermöglichen, und ja, damit sind auch Apps gemeint,
6. innerhalb der Verwaltung die Geschäftsprozesse medienbruchfrei gestalten und hierfür die elektronische Aktenführung in allen geeigneten Bereichen zügig und vollständig einführen, auch um mobiles Arbeiten bzw. Telearbeit zu erleichtern und zu fördern,
7. in geeigneten Verfahren die Geschäftsprozesse mithilfe der Informationstechnik durchgängig neu gestalten und hierdurch die Verfahren zum Nutzen aller Beteiligten schlanker und schneller durchführen, z. B. durch die Entgegennahme und Verarbeitung elektronischer Rechnungen,
8. die Informationstechnik in der Verwaltung weiter standardisieren, die Interoperabilität zwischen zentralen Infrastrukturen und Fachanwendungen gewährleisten, Medienbrüche vermeiden und somit kostengünstigere Verfahren ermöglichen,
9. umfassend und fortgesetzt in die Modernisierung und in den Ausbau der IT der Landesverwaltung investieren, damit die aufgeführten Ziele und Maßnahmen zügig erreicht und dauerhaft eingehalten werden können. Schon jetzt investieren wir jährlich rund 325 Millionen Euro für die Landes-IT – das müssen wir fortsetzen.

Meine Damen und Herren,

es gibt den schönen Satz: Wege entstehen dadurch, dass man sie geht. Wir wissen nicht, wie unsere Gesellschaft in 20, 30 Jahren aussieht. Aber wir können heute dafür arbeiten, dass sie besser sein wird. Wir wissen, dass die Digitalisierung dabei eine entscheidende Rolle spielen wird.

Diese Veränderung darf aber nicht dazu führen, dass wir in Zynismus und Zweifel verfallen. Im Gegenteil: Wir müssen die Chancen nutzen – und das Beste ist doch, wenn wir damit im Bereich der öffentlichen Verwaltung vorangehen. Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen im Ausschuss – schönen Dank!